

DATAPORT

FACTS

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Dataport ist der Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und der Steuerverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie für den „IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR (ITVSH)“.

Dataport hat seinen Unternehmenssitz in Altenholz (bei Kiel) und Niederlassungen in Hamburg, Kiel, Bremen, Rostock, Lüneburg, Magdeburg und Halle. Dataport unterhält zudem Bürostandorte in Potsdam sowie in Berlin.

Die Entwicklung von Dataport war im Geschäftsjahr 2022 von Folgen der Krisen der letzten Jahre geprägt, die zu einer deutlich erhöhten Nachfrage nach IT-Dienstleistungen und digitalen Infrastrukturen geführt hat. Digitalisierung bleibt insgesamt ein prägender Entwicklungstrend in den nächsten Jahren. Sie wirkt sich auf die Digitalisierung der Kernverwaltung, aber auch auf die Entwicklung der digitalen Daseinsvorsorge als Geschäftsfeld aus. Entsprechend gewinnen neue Themen und Kundensegmente sowie das

Drittgeschäft über die Träger von Dataport hinaus an Bedeutung. Es wird von weiteren öffentlich-rechtlichen Kunden Interesse an Leistungen von Dataport geben, hier insbesondere durch das Einer-für-Alle-Prinzip (EfA-Leistungen) in der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Vor diesem Hintergrund befindet sich Dataport weiterhin auf einem nachhaltigen Wachstumskurs.

Diese Ausrichtung ist eingebettet in das vom Verwaltungsrat beschlossene strategische „Zielbild 2022-2026“, dem strategischen Rahmen für die Unternehmensentwicklung.

ENTWICKLUNG DES UMFELDES

1 KONJUNKTUR IN DER ZEITENWENDE

Die am Anfang des Jahres 2022 gestellten wirtschaftlichen Prognosen verweisen auf einen wachsenden Markt der IT-Branche. Laut Bitkom zeigt sich die IT-Branche in einem von Krieg, gestörten Lieferketten und Inflation geprägten Umfeld stabil und setzt weiter auf Wachstum. Die Handlungsfähigkeit des Staates, gezielter Einsatz und Nutzung von Daten sowie die digitale Souveränität bleiben laut Bitkom die zentralen Treiber für die weitere Digitalisierung. So werden die Umsatzentwicklungen um 3,8 Prozent auf 203,4 Milliarden (2021: 5,9 Prozent, 108,6 Milliarden Euro) steigen.¹

Bis zum Jahresende soll die Beschäftigtenzahl in der IT-Branche auf 1,352 Millionen steigen. Allerdings fehlen weiterhin Spezialistinnen und Spezialisten. Gleichzeitig rechnet der Bitkom damit, dass ca. 137.000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt bleiben werden.²

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zeigte sich im Januar 2023, bezogen auf die Auswirkungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, verhalten positiv. Der vorläufige Jahresabschluss

2022 unterstreiche laut BMF die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft. Die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung wirken. Sie trügen dazu bei, dass die Konjunktur sich robuster zeige als gedacht. Der Haushaltsabschluss belege, dass die umfassenden Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ihre Wirkung entfaltet haben. Dies hätte ein Plus der Steuereinnahmen von 8,7 Milliarden Euro gegenüber dem Soll zur Folge.³

Insgesamt verwies das BMF im Januar 2023 darauf, dass aufgrund vorliegender Frühindikatoren sowie der anhaltend hohen Inflation, die im Januar nach Schätzung des Statistischen Bundesamts 8,7 Prozent betragen hat, weiterhin von einer gedämpften konjunkturellen Entwicklung auszugehen sei. Für den weiteren Jahresverlauf gingen die Konjunkturprognosen grundsätzlich davon aus, dass die wirtschaftliche Dynamik nach einem schwierigen Winterhalbjahr wieder sukzessive an Fahrt gewinne, sobald sich die hohe Inflationsdynamik

abschwäche und die Impulse aus den fiskalischen Stabilisierungsmaßnahmen wirkten, Lieferengpässe weiter nachlassen und die Weltwirtschaft wieder an Tempo aufnehme.⁴

Die wirtschaftliche Gesamtsituation wird zudem weiterhin von unterbrochenen Lieferketten und stark eingeschränkten Produktionskapazitäten geprägt. Dies führt in einzelnen Branchen, insbesondere auch in der Halbleiterindustrie, zu Störungen. Die konkreten Folgen der steigenden Energiepreise und gestörter Lieferketten auf Steuereinnahmen und Haushalte können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Einflussfaktoren sind dabei nicht nur der Krieg Russlands gegen die Ukraine, sondern auch die strikte Corona-Politik Chinas, die in der Vergangenheit (bis Ende 2022) immer wieder zu flächendeckenden Lockdowns und damit ebenfalls zu massiven Störungen in den Lieferketten geführt hatte.

¹ <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Digitalbranche-trotzt-der-Krise-schafft-neue-Jobs>

² <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Digitalbranche-trotzt-der-Krise-schafft-neue-Jobs>

³ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2023/01/2023-01-12-vorlaeufiger-haushaltsabschluss-2022.html>

⁴ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2023/02/Inhalte/Kapitel-4-Wirtschafts-und-Finanzlage/4-1-konjunktur-entwicklung-aus-finanzpolitischer-sicht.html>

2 DIGITALE SOUVERÄNITÄT DES STAATES UND RESILIENZ DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

Vor dem Hintergrund der skizzierten Krisen zeigt sich, dass der Druck auf die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung nicht nachlassen wird. Im Gegenteil! Es lassen sich aus der bisherigen Entwicklung mindestens drei Konstanten herauslesen:

→ 1) Die Bedeutung von digital souveränen IT-Dienstleistungen nimmt zu, um im Rahmen der Strategie der *Digitalen Souveränität* Abhängigkeiten von IT-Dienstleistungen aus Drittländern zu minimieren und um die *Resilienz staatlicher Verwaltungsleistungen* in Deutschland bzw. Europa sicherzustellen. Die Erbringung von Verwaltungsleistungen aus dem Homeoffice ist bspw. ein in der Pandemie der öffentlichen Verwaltung bestimmender Faktor. In Spannungszeiten müssen die digitalen Verwaltungsleistungen bspw. gegen Cyberangriffe gut geschützt sein. Die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist ein stabilisierender Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt erst recht in Zeiten von Unsicherheiten.

Die Krisen der letzten Jahre haben die Erkenntnis und das Bewusstsein geschärft, dass die öffentliche Verwaltung als stabilisierender Faktor von Wirtschaft und Gesellschaft gut aufgestellt sein muss, um auf Krisen und krisenhafte Phänomene schnell

und stabilisierend zu reagieren. Das wird auf Dauer nur gelingen, wenn die IT-Infrastrukturen und die darauf erbrachten Leistungen sicher, performant und skalierbar konfiguriert sind. Für eine resiliente Verwaltung sind die IT-Leistungen also nicht nur für den Normalfall, sondern an allfälligen Krisenphänomenen auszurichten und zu gestalten. Digitale souveräne Dienstleistungen stellen sich demnach als Normalfall und nicht erst als spontane Reaktion auf eine etwaige außenpolitische „Umkehrung“ dar.

Deutlich wird dies auch bei der Betrachtung der Gefährdungslage durch Cyberkriminalität. Die Gefährdungslage hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschärft. Die beherrschenden Trends sind eine zunehmende Professionalisierung des Cybercrimes, die Nutzung des Cyberraums für staatliche Aktionen, die zwischen Spionage und Kriegsführung anzusiedeln sind, aber auch die Ergänzung regulärer Kriegsführung durch Cyberangriffe. Die zunehmende Professionalisierung führt nicht nur zu fortgeschrittenen Angriffen, sondern auch zu einer immer höheren Geschwindigkeit der Angriffe.

Gleichzeitig vergrößern sich aufgrund der Abhängigkeit von IT, die durch die Corona-Pandemie und deren Lockdowns noch einmal

eindeutig aufgezeigt wurde, die Angriffsflächen und möglichen Schäden (vermehrter Einsatz aus dem Homeoffice, Nutzung von Videokonferenzsystemen, Internet of Things, Smart City und digitalen Identitäten).

Die Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges hat zu weiter zunehmenden Angriffen auf Regierungs- und Wirtschaftseinrichtungen geführt. Teilweise hat es öffentliche Aufrufe russischer Hackerorganisationen wie „Killnet“ gegeben, Ziele in der Wirtschaft und Verwaltung in Deutschland anzugreifen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat in der Folge von erhöhten Angriffsaktivitäten berichtet. Dataport hat sich auf diese Lage mit einer Verstärkung seiner Fähigkeiten der Lagebeobachtung, der Systemüberwachung und der Reaktionsfähigkeit auf Angriffe eingestellt.

Vor diesem Hintergrund erwartet Dataport, dass die öffentliche Hand weiterhin in die Digitalisierung investieren muss und auch wird. Dataport ist mit seiner Akzentuierung auf die Aufgabe, die digitale Souveränität des Staates zu schützen und die Resilienz der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen, gut aufgestellt. Mit seinem BSI-zertifizierten und energieeffizienten Rechenzentrum, der Einrichtung eines SOC

(Security Operations Center) sowie der Akzentuierung von Open Source sind wichtige Voraussetzungen geschaffen worden, die allerdings auch noch weiterer Anstrengungen und Unterstützung bedürfen.

→ **2)** Die Folgen der demografischen Entwicklung sind am Fachkräftemangel für einzelne Branchen bereits heute abzulesen. Signifikant ist er für die IT-Berufe. Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen ist eine Antwort auf diese Entwicklung: Verwaltungsleistungen müssen Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen nicht nur online angeboten werden, sondern vor allem auch im Backoffice *automatisiert* werden. Wenn die Verwaltungsleistungen in ihrer Breite und Leistungsdichte weiterhin konstant erbracht werden sollen, dann wird dies unter der Voraussetzung von deutlich weniger zur Verfügung stehenden Fachkräften nur durch einen höheren Automatisierungsgrad der Verwaltungsleistungen zu erreichen sein. Mit dem Registermodernisierungsgesetz ist ein wichtiger legislativer Impuls gesetzt, der nun noch umgesetzt werden muss. Die Trägerländer von Dataport haben sich in der CIO-Konferenz im Dezember 2022 für die Errichtung einer Umsetzungseinheit bei Dataport für das Thema Registermodernisierung ausgesprochen. Dataport wurde gebeten, einen Vorschlag für den Aufbau eines Kompetenzteams „Registermodernisierung“ zu erarbeiten.

Dataport hat bereits seit 2020 die Nutzung von Technologien wie künstlicher Intelligenz (KI), mit denen die Automatisierung von Verwaltungsleistungen unterstützt wird, fokussiert und ist damit für die nach der Onlineisierung folgende zweite Welle der Verwaltungsdigitalisierung gut aufgestellt.

→ **3)** Die Digitalisierung von Verwaltungsleistung wird dazu führen, dass zunehmend mehr Verwaltungsleistungen „von wenigen für möglichst viele“ oder in der Diktion des IT-Planungsrates für die Umsetzung von Online-Diensten als „Einer für Alle“-Leistungen (EfA) erbracht werden (sollen und müssen). Das EfA-Prinzip ist nichts weniger als eine digitale Transformation des Föderalismus, indem erstens von allen zu erledigenden Verwaltungsaufgaben auf der Basis einer Vereinbarung von einem für alle anderen erbracht werden, zweitens der „Eine“ diese Leistung allen anderen zur Verfügung stellen muss und drittens nur derjenige Bundesmitteil erhält, der diese übernommene Aufgabe auch erfüllt.

Die Entwicklung und Produktivsetzung der von den Trägern von Dataport verantworteten EfA-Online-Dienste war erfolgreich und schreitet weiter gut voran. Bislang wurden insgesamt 399 EfA-Online-Dienste (Stand Ende 3/23) von Dataport umgesetzt und produktiv gesetzt.

Maßgeblich ist hier der Mechanismus der Arbeitsteilung, der sich auch in anderen Fachlichkeiten wiederfindet: Im Programm Polizei 2020 wird Dataport eine wichtige Rolle als Betreiber einnehmen, oder bei der Unterstützung der HPI-Schulcloud durch den Bund, die nun von Dataport (auch) als dBildungscloud weiterentwickelt und für bisher drei Länder betrieben und weiteren angeboten wird.

Dataport ist als Mehrländereinrichtung aufgrund seiner Kooperationserfahrungen und seiner organisatorisch-technischen Voraussetzungen durch das BSI-zertifizierte Rechenzentrum für die Umsetzung des EfA-Prinzips oder abgeschwächter „Wenige für Mehrere“ sehr gut aufgestellt. Die Beteiligung und Unterstützung der Genossenschaft der IT-Dienstleister GovDigital ist Beleg, dass Dataport auch zukünftig bereit ist, die Erfüllung wichtiger IT-Dienstleistungen in dieser Arbeitsteilung auch bundesweit zu erledigen. Das Engagement für den Open-Source-Client dPhoenix, in der Umsetzung der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie sowie im Programm Polizei 2020 sind Ausdruck dieser Bereitschaft zur Übernahme auch bundesweiter Aufgaben. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, welche entscheidende Rolle die Digitalisierung für die Gesellschaft hat und wie groß die Lücken in der öffentlichen Verwaltung noch sind.

3 DIGITALISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

Im Rahmen der genannten Entwicklungen befindet sich Dataport (Stand März 2023) weiterhin auf einem kontinuierlichen Wachstumskurs. Indikatoren dafür sind zum einen die Personalzuwächse, zum anderen der Anstieg der Umsätze: Insgesamt ist der Umsatz von Dataport von 2021 auf 2022 um 13,6 Prozent auf 1.182,4 Millionen Euro gestiegen. Der durchschnittliche Personalbestand ist im selben Zeitraum um 8,6 Prozent von 4.081 Köpfen auf 4.430 gewachsen.

Digitale Infrastrukturen gehören zur Daseinsvorsorge und sind eine wichtige Gestaltungsaufgabe der Politik. Digitale Daseinsvorsorge bedeutet, sich unter dem Vorzeichen der digitalen Souveränität mit der Frage zu befassen, welche Infrastrukturen und digitalen Dienste so wichtig sind, dass sie nicht allein privaten Unternehmen überlassen, sondern in öffentlicher Verantwortung verbleiben müssen. Die Erfahrungen der Corona-Krise und nun des Krieges gegen die Ukraine zeigen, dass der Staat in allen Handlungsfeldern stärker als bisher Vorsorge treffen und Möglichkeiten zum Eingreifen und zur besseren Steuerung schaffen muss. Das gilt insbesondere für die Felder der öffentlichen Ordnung einschließlich des Katastrophenschutzes, aber auch für das Gesundheitswesen oder den Bildungsbereich. Gezeigt

hat sich, dass es auch bei der Digitalisierung von Staat und Verwaltung notwendig ist, leistungsfähige Infrastrukturen weiter auszubauen, die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen und die Möglichkeit zur Nutzung von Daten als Grundlage für politische Entscheidungen schneller als bisher voranzutreiben.

Dataport ist dem Prinzip der digitalen Souveränität verpflichtet, stellt für seine Träger sichere IT-Infrastrukturen zur Verfügung und treibt den digitalen Wandel durch die Entwicklung innovativer Services weiter voran. Dazu gehört der Betrieb leistungsfähiger Datennetze, über die ein schneller und sicherer Datenaustausch erfolgen kann. In BSI-zertifizierten, georedundanten Rechenzentren betreibt Dataport rund 1.000 Fachverfahren der Verwaltungen. Hard- und Software werden für die Träger durch die Abnahme großer Stückzahlen und langfristige Rahmenverträge zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt. Die Vielzahl der mobilen Arbeitsplätze und Digitalisierungserfolge wie elektronische Aktenführung oder Video-Conferencing haben dafür gesorgt, dass die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung während der Pandemie aus dem Homeoffice arbeiten konnten und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung gewährleistet werden konnte.

Bereits vor der Pandemie wurde die Digitalisierung von Staat und Verwaltung durch die bis Ende 2022 vorgeschriebene Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes befördert. 575 Leistungsbündel der Verwaltung aller föderalen Ebenen waren bis dahin als Online-Dienste umzusetzen. Das Ziel wurde bundesweit nicht vollständig erreicht. Neben der Bereitstellung von EfAs aus einigen Ländern steht nun insbesondere noch das Roll-out sowie das Roll-in von produktivgesetzten Online-Diensten aus. Der Norden hat mit Unterstützung von Dataport seine Ziele weitgehend erfüllt. Mit der nun erwarteten Novellierung des OZG sollen die Ziele für die weitere Digitalisierung der Verwaltung in den nächsten Jahren gesteckt werden. Die Träger und Dataport bringen sich dabei aktiv ein. Dataport hat mit einem Positionspapier die wesentlichen Handlungsfelder in den nächsten Jahren benannt.

Nach den digitalen Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen geht es nun um die Automatisierung von Verwaltungsvorgängen, durchgängige digitale Prozesse, die Nutzung der Registerdaten und eine erfolgreiche Umsetzung des Einer-für-Alle (EFA)-Prinzips. Mit der OZG-Cloud, Modul-F und KI-Technologien wie Softwarerobotern hat Dataport die Online-Service-Infrastruktur (OSI)

zu einer Plattform für Verwaltungsdigitalisierung ausgebaut. Auch die Nutzung der Online-Dienste und der OSI-Plattform steigt weiter an. Mit 1,06 Millionen Servicekonten über alle OSI-Mandanten hinweg Ende Februar 2023 und 2,3 Millionen Besuchen im Zeitraum September 2022 bis einschließlich Februar 2023 generieren sie eine nachweislich steigende Nachfrage bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Über den Bereich der gemeinsam mit Bund und Ländern betriebenen OZG-Umsetzung hinaus werden durch die anhaltende digitale Transformation und im Sinne der digitalen Daseinsvorsorge zusätzliche Angebote in den Bereichen Gesundheit, Kultur und Bildung entwickelt. Auch Steuer, Justiz, Polizei oder Feuerwehr werden mit innovativen digitalen Angeboten unterstützt.

Die Entwicklung innovativer Online-Dienste wird auch in Zukunft ein wichtiges Tätigkeitsfeld bleiben. Die Nachfrage nach vollständig digitalisierten Verwaltungsleistungen, bei denen Nutzerorientierung und automatisierter Datenaustausch im Vordergrund stehen, wird schon wegen der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen abnehmenden Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen. Dies und die steigende Schuldenlast aufgrund der Corona-Hilfspakete werden ab-

sehbar weitere Effizienzgewinne durch Automatisierung notwendig machen. Hier werden vor allem auch die durch die allerdings noch umzusetzende Registermodernisierung geschaffenen Möglichkeiten sichtbar werden. Daneben werden klassische Tätigkeitsfelder wie die IT-Konsolidierung weiterhin bestehen bleiben, weil auch dadurch Effizienzgewinne erzielt werden können.

Bund, Länder und Kommunen haben es sich zum Ziel gesetzt und im IT-Planungsrat entsprechende Beschlüsse gefasst, die digitale Souveränität des Staates kontinuierlich zu stärken. Leistungen von Dataport sind konsequent auf die Wahrung der digitalen Souveränität und der Hoheit und Kontrolle über die eigenen Daten ausgerichtet.

Dataport verfügt mit seinem Data Center Steuern, dem Data Center Justiz und dem Data Center Polizei im BSI-zertifizierten Rechenzentrum über die Voraussetzungen, die weitere IT-Konsolidierung der zentralen Fachverwaltungen im Hoheitsbereich der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen. Im Data Center Steuern rechnet Dataport für sechs Länder, im Data Center Justiz und im Data Center Polizei für jeweils vier. Die erreichten Erfolge haben das Interesse weiterer Länder verstärkt. Das Programm Polizei 2020 wird diese Entwicklung zur Konsolidierung nachhaltig unterstützen.

Diese Ausrichtung wird im „Zielbild 2022 – 2026“ beschrieben. Für diese Hybrid-Strategie verhandelt Dataport mit Software-Lieferanten, die ihre Leistungen nur noch aus einer vom europäischen Ausland dominierten Cloud anbieten wollen. Nur so können die Erwartungen an eine souveräne Datenhaltung und -verwaltung erfüllt werden. Dataport bemüht sich aber gleichzeitig um Reduzierung derartiger Abhängigkeiten und Stärkung der eigenen Verhandlungsmacht, um einen verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen. Über 40 Prozent der Rechenzentrums-Infrastrukturen laufen bereits auf einem Open-Source-Betriebssystem. „dPhoenix“ als Werkstatt, aus der eine Lösung für einen Open-Source-Arbeitsplatz bereitgestellt wird, ist ein weiteres Ergebnis dieser Bemühungen. Der vollständige Stack mit allen Komponenten wie Videokonferenz, E-Mail und Office-Produkten ist in der Version 3.0 einsatzfähig.

Dataport verknüpft die Bereitstellung von IT mit einer ganzheitlichen Perspektive der Unterstützung für erfolgreiches Arbeiten im Unternehmen: Die richtige Fläche, moderne IT-Dienstleistungen und ein gutes Arbeitsklima. Um das Richtige zur richtigen Zeit und in der richtigen Mischung anbieten zu können, erhebt und misst Dataport systematisch die erforderlichen Informationen bei seinen Beschäftigten, um die Rahmenbedingungen nachjus-

tieren zu können. Dataport hat sich auch für seine eigene Entwicklung *Data Inspired Dataport* auf die Fahnen geschrieben.

Darüber hinaus beteiligt sich Dataport an den Überlegungen zum Aufbau einer Deutschen Verwaltungscloud im Rahmen des IT-Planungsrates und arbeitet aktiv mit bei Gaia-X, einer Initiative des Bundeswirtschaftsministers sowie mittlerweile auch der EU-Kommission. Ziel von Gaia-X ist die Schaffung einer sicheren und vernetzten europäischen Dateninfrastruktur, die den europäischen Wertvorstellungen und ihren Anforderungen an ihre Datensouveränität entspricht. Eine Mitarbeiterin von Dataport ist Koordinatorin der Gaia-X-Domäne Public Sector im deutschen Gaia-X-Hub und ist damit zentrale Ansprechpartnerin für Fragen aus dem und über den öffentlichen Sektor in Deutschland. In dieser Eigenschaft ist sie zudem Mitglied des Lenkungskreises des deutschen Gaia-X-Hubs und leitet im Gaia-X Data Space Business Committee das sogenannte Public Sector vertical.

Neben der digitalen Souveränität und der OZG-Umsetzung haben Themen wie Big Data Analytics, Machine Learning und künstliche Intelligenz an Bedeutung gewonnen. Sie zahlen auf die Notwendigkeit der Automatisierung von Verwaltungsleistungen und eine von Daten getriebene Verwaltung (Data

Driven Government) ein. Dataport hat im Jahr 2021 einen Hub für Datennutzung und künstliche Intelligenz (data[port]ai) aufgebaut. Eine Plattform, auf der datengetriebene Lösungen und KI-Lösungen für die Verwaltung entwickelt und betrieben werden können. Der Hub soll auch Unternehmen (insbesondere kleine und mittlere Unternehmen), Start-ups sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen aus der Region als offene Plattform für Innovation und Wertschöpfung durch KI zur Verfügung stehen.

Mit Projekten zur digitalen Daseinsvorsorge erweitert Dataport das Leistungsspektrum auf kommunaler Ebene. Dies wird auch am Beispiel der Unterstützung des Kommunalbereichs bei der Braunkohlekonversion in Sachsen-Anhalt deutlich.

Die Lage auf dem IT-Arbeitsmarkt verschärft sich durch den Fachkräftemangel weiterhin. Dataport rekrutiert gleichwohl erfolgreich. Der Aufwand dafür wächst jedoch und fordert von Dataport, seine Recruiting-Strategien kontinuierlich und systematisch an die sich verändernden Bedingungen anzupassen. Dataport kann mit interessanten Projekten, seinem New-Work-Konzept, einem guten Betriebsklima, Familienfreundlichkeit und seiner Ausrichtung am Public Value derzeit noch gut „punkten“ – allerdings wächst der dafür erforderliche Aufwand an Ressourcen.

GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt im Wesentlichen anhand der finanziellen Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, Jahresergebnis, Personalaufwand, Eigenkapital (-quote), Investitionsvolumen sowie Liquidität.

Die Geschäftsentwicklung von Dataport führte im Wirtschaftsjahr 2022 zu einer Umsatzsteigerung von 13,6 Prozent auf 1.182,4 Millionen Euro (2021: 1.040,5 Millionen Euro). Das Jahresergebnis 2022 liegt in Höhe von 18,2 Millionen Euro um 4,0 Millionen Euro über dem Vorjahr (2021: 14,2 Millionen Euro).

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen sind im Wirtschaftsjahr 2022 um 118,1 Millionen Euro oder 14,9 Prozent auf 908,5 Millionen Euro (2021: 790,4 Millionen Euro) gestiegen. Vor allem die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes mit der Entwicklung der EfA-Online-Dienste führt zu einer deutlichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr (rund +51 Millionen Euro). Weiteres überdurchschnittliches Wachstum beim Umsatz für eigene Leistungen konnte in den Segmenten IT-Arbeitsplatz, Datenmanagement und -analyse,

Steuer, Polizei/Justiz/Ordnungswesen sowie Beratung und Projektmanagement erzielt werden. Die weiterhin hohen Digitalisierungsanforderungen der Kunden haben auch bei den Umsatzerlösen für das durchlaufende Handelsgeschäft für Wachstum gesorgt. In Summe stiegen die Umsätze aus dem Handelsgeschäft gegenüber dem Vorjahr (2021: 250,1 Millionen Euro) um 23,8 Millionen Euro auf 273,9 Millionen Euro. Diese umfassen die Umsätze mit Handelswaren in Summe mit 159,5 Millionen Euro, die Umsätze mit durchlaufenden Fremdleistungen (105,6 Millionen Euro) sowie die Umsätze mit durchlaufenden Leistungen für Pflege und Wartung (8,8 Millionen Euro).

Die aktivierten Eigenleistungen wurden gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Millionen Euro auf 16,9 Millionen Euro (2021: 14,0 Millionen Euro) erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 4,4 Millionen Euro um 6,0 Millionen Euro unter dem Vorjahr (2021: 10,4 Millionen Euro). Ein außerordentlicher Ertrag aus der Rückdeckungsversicherung wie in den Vorjahren (2021: 6,6 Millionen Euro)

konnte im Wirtschaftsjahr 2022 nicht erzielt werden.

Der Aufwand für Material und bezogene Dienstleistungen stieg im Wirtschaftsjahr 2022 insgesamt um 100,5 Millionen Euro oder 17,1 Prozent auf 688,6 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr (2021: 588,1 Millionen Euro). Die deutliche Aufwandssteigerung lässt sich im Wesentlichen auf zwei Aspekte zurückführen. Durch das zusätzliche Handelsgeschäft ist ein gegenüber dem Vorjahr um 38,0 Millionen Euro höherer Aufwand entstanden. Durch die Aufträge aus dem Konjunkturpaket Onlinezugangsgesetz wurden zusätzlich rund 45 Millionen mehr für Fremdleistungen aufgewendet. Außerdem sind die Aufwände für Softwarepflege und -miete um rund 17 Millionen Euro gestiegen.

Der Personalaufwand ist 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 14,2 Millionen Euro oder 3,9 Prozent auf 374,7 Millionen Euro (2021: 360,5 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf die wachstumsbedingte Erweiterung der Personalkapazitäten (+ 9,4 Prozent) von durchschnittlich 3.834 Full Time

Equivalenten (FTE) in 2021 auf 4.196 FTE in 2022 zurückzuführen. Dem gegenüber steht Minderaufwand im Bereich der personalbezogenen Rückstellungen. Die Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen (-8,9 Millionen Euro) lag deutlich unter den Vorjahreswerten durch die gestiegenen Zinssätze.

Die Abschreibungen liegen mit 68,4 Millionen Euro um 10,6 Millionen Euro über dem Wert des Vorjahres (2021: 57,8 Millionen Euro). Die im Verlauf der vergangenen Jahre stark gestiegenen Investitionssummen führen zu einem entsprechend steigenden Aufwand für Abschreibungen. Gegenüber dem Vorjahr (2021: 110,9 Millionen Euro) steigt die Investitionssumme im Wirtschaftsjahr 2022 um 9,0 Millionen Euro auf 119,9 Millionen Euro. Das Anlagevermögen, ohne Finanzanlagen, hat einen bilanzierten Wert in Höhe von 317,9 Millionen Euro (2021: 267,9 Millionen Euro).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Millionen Euro auf 47,5 Millionen Euro (2021: 39,8 Millionen Euro). Dieser Anstieg lässt sich zum einen auf das Personalwachstum (+ Ø 362 FTE in 2022) von Dataport zurückführen, zum anderen ist hier zusätzlich die starke Inflation des vergangenen Jahres deutlich spürbar. Im Vorjahresvergleich sind insbesondere die Aufwendungen für Raummieten (+1,6

Millionen Euro), die Reisekosten (+1,5 Millionen Euro) sowie der Aufwand für die Inanspruchnahme von Fremdleistungen (+1,3 Millionen Euro) deutlich gestiegen. Grundsätzlich ist aber, inflationsbedingt, ein signifikanter Anstieg nahezu aller hierunter subsummierten Kostenarten zu verzeichnen.

Die kurzfristigen finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln erbracht werden. Zum Jahresende bestehen Betriebsmittelkredite in Höhe von 29 Millionen Euro. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 137,5 Millionen Euro (2021: 108,5 Millionen Euro).

Das Anlagevermögen war zum 31.12.2022 zu 80,5 Prozent (2021: 83,6 Prozent) durch Eigenkapital und langfristige Pensions- und Beihilferückstellungen gedeckt. Die Finanzanlagen in Höhe von 99,0 Millionen Euro (2021: 96,6 Millionen Euro) bestehen nahezu ausschließlich aus den Rückdeckungsversicherungen. Das Umlaufvermögen beträgt 202,4 Millionen Euro (2021: 154,2 Millionen Euro). Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 46,9 Millionen Euro (2021: 35,2 Millionen Euro) betreffen im Wesentlichen Vorauszahlungen für Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge.

Die Eigenkapitalquote steigt auf 13,4 Prozent (2021: 12,9 Prozent). Aufgrund des deutlich positiven Jahres-

überschusses ergibt sich trotz höherer Bilanzsumme eine Erhöhung der Eigenkapitalquote.

Die Rückstellungen steigen um 12,8 Millionen Euro auf 280,7 Millionen Euro (2021: 267,9 Millionen Euro). Zu dem Anstieg tragen im Wesentlichen die Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen (+9,0 Millionen Euro), der Beihilferückstellung (+3,5 Millionen Euro) sowie für Überstunden und Urlaubsverpflichtungen (+1,6 Millionen Euro) bei. Die sonstigen Rückstellungen hingegen konnten um 2,6 Millionen Euro reduziert werden.

Die Summe der Verbindlichkeiten ist im Berichtsjahr um 37,8 Millionen Euro auf 138,8 Millionen Euro (2021: 101,0 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung zurückzuführen. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr (2021: 70,6 Millionen Euro) um 21,9 Millionen Euro auf 92,5 Millionen Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr (2021: 24,1 Millionen Euro) um 12,9 Millionen Euro auf 37,0 Millionen Euro. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf eine Netto-Kreditaufnahme im Bereich der Betriebsmittelkredite in Höhe von 14 Millionen Euro zurückzuführen. Gegenläufig wirkt sich die jährliche Tilgung (1,1 Millionen Euro) des Investitionskredits für den Bau des

digitalen Druck- und Kuvertierzentrums (Stand 31.12.2022: 8,0 Millionen Euro) aus.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 157,1 Millionen Euro (2021: 113,6 Millionen Euro) beinhalten zum einen kundenfinanzierte Investitionen, vor allem in den Produkten des Standardersatzbedarfs in der Endgerätebetreuung und für den Netzausbau. Zum anderen wurden durch die Kunden Projekte und Entwicklungsaufträge vorfinanziert, deren Leistungen von Dataport im Wesentlichen im kommenden Wirtschaftsjahr zu erbringen sind.

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2022 ist als stabil zu beurteilen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich insbesondere aus der Personalleistungstatistik. Im Geschäftsjahr 2022 liegt der Anteil der Leistungen für Kundenaufträge und marktorientierte Projekte der internen Mitarbeiter bei 69,5 Prozent (2021: 70,1 Prozent). Die sonstigen Zeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung und allgemeine Administration) liegen entsprechend bei 30,5 Prozent (2021: 29,9 Prozent).

AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN

Dataport hat sich erfolgreich als öffentlicher IT-Dienstleister für die Verwaltung etabliert und wird diese auch zukünftig erfolgreich mit hochwertigen und wirtschaftlichen IT-Dienstleistungen unterstützen. Mit der im „Dataport-Zielbild 2022 – 2026“ formulierten Vision und den umfangreichen Zielvorgaben hat Dataport einen Rahmen für die Entwicklung:

„Dataport ist ein öffentliches Unternehmen aus dem Norden, das sich agil in seinen internen und externen Strukturen und Prozessen auf wachsende Bedarfe der Kundinnen und Kunden ausrichtet. Dataport erbringt in Benchmarks erfolgreiche IT-Services von Beratung über Entwicklung bis zum Betrieb als Full-Service-Provider nach den Kriterien Qualität, Sicherheit, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit. Dataport unterstützt als föderaler Kooperationsnukleus, Konsolidierungs- und Innovationstreiber die Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Dataport steht mit seinem Markenkern für ‚Public Value‘ und sichert die digitale Souveränität des Staates.“

Die Entwicklung von Dataport wird von den nachfolgenden Chancen

und Risiken beeinflusst. Dataport managt die Risiken im Rahmen eines strategischen Risikomanagements. Das Risikomanagement erfolgt in Verbindung mit dem Management von Chancen und Zielen. Im Rahmen des Risikomanagements identifizieren Bereichs- und Stabsstellenleitungen die strategischen Risiken der Bereiche anhand eines standardisierten Verfahrens. Es wird zwischen Kundenrisiken, Finanzrisiken, Personalrisiken, Prozessrisiken, Technologierisiken und generellen Risiken unterschieden. Die Risikobearbeitung durchläuft vier Phasen: Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung und Maßnahmenphase.

1. Ausblick und Chancen

In den kommenden Jahren sind folgende Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung von Dataport prägend:

- Nach der Bereitstellung von Online-Diensten folgt das Roll-out und Roll-in von Online-Diensten nach dem EfA-Prinzip überwiegend bundesweit.
- Der Produktivsetzung von Online-Diensten folgt eine Digitalisierung von Backoffice-Verfahren.
- Die Digitalisierung der Verwaltung wird mit der Registermodernisierung fortgesetzt.
- Die Automatisierung von Verwaltungsleistungen ist erforderlich, um die Produktion von Verwaltungsleistungen aufgrund des demografischen Wandels vereinfachen zu können. Dies wird auch mit Rechtsänderungen verbunden sein.
- Die Nachfrage nach Angeboten zur Unterstützung einer datenunterstützten Verwaltung wird steigen und die Nachfrage nach Services aus data[port]ai steigen.
- Aus dem mobilen Arbeiten wird New Work: Dies erfordert einen Ausbau der technischen Infrastrukturen, die Bereitstellung von Webanwendungen und Investitionen in Aufbau und Ausstattung von geeigneten Kommunikationsflächen für hybride Veranstaltungen in Präsenz und online. Der Bedarf an reinen Büroflächen wird sich reduzieren.
- Mit der Cloudifizierung seines Rechenzentrums („RZ 4.0“) und der Modernisierung des Netzes schafft Dataport wichtige Voraussetzungen, um für die Kernbereiche der Verwaltungen digital souveräne Services anzubieten.

- Mit dem Angebot der dPhoenix-Suite verfügt Dataport über ein Alleinstellungsmerkmal für den Bereich der öffentlichen Verwaltung. Die zunehmende Bedeutung der digitalen Souveränität des Staates wird zu verstärkter Nachfrage auch außerhalb des Trägerverbundes führen.
- Die Digitalisierung der Schulen erfordert nach Auslaufen des Digitalpaktes Mittel für Support und Betrieb der mittlerweile aufgebauten IT-Infrastruktur.
- Knappere Haushalte legen eine weitere Konsolidierung der IT – auch länder- und kommunenübergreifend – nahe. Dies erfordert ebenfalls Investitionen.

2. Risiken

2.1 Generelle Risiken

- Aufgrund des Wachstums besteht die Herausforderung, die Qualität der zu erbringenden IT-Leistungen kontinuierlich zu verbessern, um den zunehmenden Erwartungen der Kunden gerecht zu werden. Dazu hat Dataport das im Jahr 2021 eingeführte System für Kunden- und Nutzerbefragungen über alle Produkte und Leistungen fortgeführt.
- Dataport wächst seit mehreren Jahren, und diese Entwicklung wird sich in den folgenden Jahren fortsetzen. Dataport hat daher ein Programm „Wachstum managen“ aufgesetzt. In diesem Programm werden verschiedene Handlungsfelder bearbeitet. Im

Jahr 2022 wurden die Handlungsfelder NextGen.Digitalisierung, Pipeline- und Ressourcenmanagement, Unternehmensarchitekturmanagement, Produktisierung, Unternehmensorganisation und rollenbasiertes Onboarding bearbeitet. Die Handlungsfelder Pipelinemanagement, Unternehmensarchitekturmanagement und rollenbasiertes Onboarding sind 2022 erfolgreich abgeschlossen worden. Die übrigen Handlungsfelder werden in 2023 fortgeführt.

- Nach gegenwärtiger Rechtslage endet zum 31. Dezember 2024 das Moratorium zum § 2b UStG. Damit ist für die weit überwiegende Anzahl der Leistungen von Dataport ab dem 1. Januar 2025 eine Umsatzsteuerpflicht gegeben. Die Trägerländer haben und werden unterschiedliche Regelungen umsetzen, sodass ein entsprechender Aufwand aus der Umsetzung dieser Regelung entstehen wird.
- Durch den Krieg in der Ukraine und die stark gestiegenen Energiekosten sind die Preise explodiert. Die Inflation liegt deutlich höher als in den vergangenen Jahren (> 8 Prozent). Um die Inflation zu begrenzen bzw. zu senken, werden die Zinsen weltweit angepasst und langsam erhöht. Sowohl die Inflation als auch der Zinssatz führen zu höheren Kosten für Dataport.
- Zusätzliche Aufträge durch Digitalisierung führen zu Personalwachstum. An allen Standorten

wurden dafür zusätzliche Flächen oder Co-Working-Arbeitsplätze angemietet. Nach der pandemischen Erfahrung stabilisiert sich die Praxis des mobilen Arbeitens auf einem hohen Niveau. Um dies und hybride Arbeitsformen zu ermöglichen, sind die IT-technischen Infrastrukturen und Lösungen auszurichten. Der Flächenbedarf pro Beschäftigtem wird wegen der Ausweitung des mobilen Arbeitens abnehmen, aber der Bedarf an modernen Kommunikationsflächen wird zunehmen.

- Der Ukraine-Krieg hat die Bedeutung von Resilienz und Krisenvorsorge in den Vordergrund gerückt. Als Betreiber kritischer Infrastruktur ist Dataport in besonderer Weise gefordert. Die jahrelange Erfahrung mit der Umsetzung von IT-Grundschutz sowie der seit Jahren betriebene Aufbau des SOC (Security Operations Center) zahlen auf die Anforderung ein, vermehrten und aggressiveren Cyberangriffen begegnen und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung absichern zu können. Die Notwendigkeit erhöhter Resilienz und Krisenvorsorge hat den Blick aber auch auf weitere Abhängigkeiten gerichtet wie bspw. die Stromversorgung, Telekommunikation und Lieferketten, für die jeweils Vorsorge zu denken und zu organisieren ist. Während früher in den Szenarien lediglich dem Ausfall eines

lokalen RZ oder einer zufällig gekappten Stromleitung zu begegnen war, stehen heute umfassendere Szenarien wie Blackout und gezielte Angriffe auf Knoten der Infrastrukturen im Mittelpunkt. Dataport versteht sich als ein Element einer gesamtgesellschaftlichen Risikovorsorge und richtet sich auf derartige Szenarien ein.

- Die Corona-Pandemie hat zur Verknappung von Rohstoffen und zu unterbrochenen Lieferketten geführt, die zu einem deutlichen Preisanstieg in den für Dataport relevanten Warengruppen geführt hat. Dataport reagiert im Rahmen seiner Möglichkeiten auf diese Entwicklungen mit der Erhöhung der Lagerbestände sowie vertraglichen Absicherungen. Der Ukraine-Krieg hat einen Anstieg der Energiekosten bewirkt. Mittelfristig ist nicht auszuschließen, dass dieser Anstieg nicht durch weitere Produktivitätssteigerungen zu kompensieren ist und sich in erhöhten Preisen niederschlagen muss.

2.2 Personalrisiken

Durch die demografische Entwicklung einerseits sowie den anziehenden IT-Arbeitsmarkt andererseits kommt es zu einem IT-Fachkräftemangel. Zur Risikominimierung wurde eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, wie zum Beispiel Erweiterung des Ausbildungskonzeptes, Employer-Branding-Kampagne, Recruiting, Durchführung von Personal-

planungs-Workshops und der Ausbau des Ausbildungsportfolios sowie von Hochschul-Kooperationen. Der Bekanntheitsgrad der auf dem Arbeitsmarkt befindlichen IT-Arbeitskräfte von Dataport liegt zurzeit bei 10 Prozent. Im Jahr 2022 wurden Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Bekanntheitsgrades durchgeführt. Dataport erreicht in von unabhängigen Instituten wie Statista durchgeführten Umfragen hervorragende Plätze unter den IT-Arbeitgebern in Deutschland. Gutes Personal zu bekommen und zu halten, erfordert erhöhte Aufwendungen an Zeit und Geld. Die tarifpolitischen Eigenlogiken führen dazu, dass im Tarifsysteem „der Bauch staucht“. Im Vergleich zur Privatwirtschaft wird die Übernahme von Führungsverantwortung sowie von fachlicher Exzellenz im Tarifsysteem nicht ausreichend entlohnt, sodass dadurch strukturelle Risiken entstehen.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Bestand des Unternehmens stabil ist. Dataport erfüllt seinen gesetzlichen Auftrag. Seit der Gründung konnten Synergien für die Träger erwirtschaftet werden.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die geplante mittelfristige Umsatzentwicklung sieht eine Steigerung von 2023 bis 2027 um 671,5 Millionen Euro auf eine Höhe von 1.972,6 Millionen Euro vor. Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit Umsatzerlösen von 1.301,1 Millionen Euro gerechnet.

Die erwarteten Jahresüberschüsse von 2023 bis zum Jahr 2027 kumulieren sich auf 37,5 Millionen Euro und werden voraussichtlich, in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bilanzsumme, zu einem leichten Rückgang der Eigenkapitalquote führen. Das geplante Unternehmensergebnis für 2023 beträgt 3,2 Millionen Euro.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 sieht für die Personalkapazität eine Steigerung aufgrund der Digitalisierungsvorhaben der Kunden und der anstehenden Konsolidierungsprojekte vor.

Der Investitionskredit für den Neubau des digitalen Druck- und Kuvierzentrums in Altenholz mit einem Volumen von 14 Millionen Euro wurde planmäßig mit vierteljährlichen Tilgungsraten à 275 Tsd. Euro um 1,1 Millionen Euro teilgetilgt. Das Restkapital per Jahresende 2022

beträgt 8,0 Millionen Euro. Die Schlussrate wird zum 30. März 2030 fällig.

Der Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 sieht ein Investitionsbudget in Höhe von rund 156 Millionen Euro vor. Um die potenziell kurzfristig entstehenden Liquiditätsbedarfsspitzen, die sich aus dem hohen Investitionsbedarf und der wachsenden operativen Geschäftstätigkeit ergeben, zu decken, wird für 2023 mit einer höheren Auslastung des Rahmens für Kontokorrent- und Betriebsmittelkredite (in Summe 80 Millionen Euro) geplant. Die Liquiditätslage kann als stabil bezeichnet werden.

PERSONAL

Personalkapazität*

* Personal, umgerechnet auf Vollzeitkräfte

→ Vorstand	4
→ Beamtinnen/Beamte	277
→ Beschäftigte	4149
→ Gesamt	4430

Personalaufwand

EUR

Personalaufwand gesamt: **374.684.677**

davon Vorstandsgehälter:

→ Dr. Johann Bizer	349.873
→ Andreas Reichel	261.924
→ Torsten Koß	281.976
→ Silke Tessmann-Storch*	134.703

*seit dem 1. Juni 2022

BILANZ

Aktiva

TEUR

Immaterielle Vermögensgegenstände	101.800
Sachanlagen	216.140
Finanzanlagen	98.961
Vorräte	2.626
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	78.836
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	120.915
Rechnungsabgrenzungsposten	46.871

666.149

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Passiva	TEUR
Gezeichnetes Kapital	51.000
Kapitalrücklagen	11.190
Satzungsmäßige Rücklage	12.629
Verlustvortrag	- 3.430
Jahresüberschuss	18.179
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	177.851
Sonstige Rückstellungen	102.883
Verbindlichkeiten	138.788
Rechnungsabgrenzungsposten	157.059
	666.149

	TEUR
Umsatzerlöse	1.182.355
Bestandsveränderung unfertiger Leistungen	- 945
Andere Erträge	21.338
Zinserträge und Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	48
Erträge gesamt	1.202.796
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	105.831
Bezogene Leistungen	582.772
Personalaufwendungen	374.684
Abschreibungen	68.358
Zinsaufwendungen	4.642
Andere Aufwendungen	48.330
Aufwendungen gesamt	1.184.617
Jahresüberschuss	18.179



BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Wir alle stehen aktuell vor großen Herausforderungen und Änderungen. Die weltpolitische Lage und somit auch Lieferketten für Hardware, Software und Dienstleistungen haben sich im vergangenen Jahr deutlich verändert. Der Klimawandel und das Bestreben, die Folgen dieses Wandels zu bewältigen, bedürfen großer Anstrengungen. Es gilt jetzt umso mehr, dass wir alle innerhalb einer modernen Gesellschaft die Aufgabe haben, selbst Teil der stetigen Verbesserung zu sein. Auch Dataport muss mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Wandel einerseits selbst gestalten und andererseits die öffentliche Verwaltung mit passenden Lösungen versorgen. Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind zwei Kernziele, die immer zusammen gedacht werden müssen. Gerade an Dataport in seiner Rolle als Unternehmen der öffentlichen Hand werden hier besondere Ansprüche gestellt.

Gemeinsam mit Dataport gilt es, die Verwaltung der Zukunft zu denken und die Zukunft der Verwaltung zu gestalten. Das Ziel einer nachhaltigen, innovativen und souveränen Verwaltung können wir nur erreichen, wenn Dataport technisch exzellente und wirtschaftliche Lösungen liefert sowie zuverlässige

Dienstleistungen anbietet. Dies bedeutet auch, bestehende Lösungen zu überdenken und fortzuentwickeln. Künstliche Intelligenz muss Einzug in die von Dataport betriebenen Verfahren finden. Dataports Lösungen müssen Daten-Lieferant für eine zunehmende daten- und nicht mehr dokumentbasierte Verwaltung sein. Dataport muss durchgehend automatisierte Verwaltungsprozesse ermöglichen.

Eine zunehmend digitale Gesellschaft kann sich nur frei und selbstbestimmt entwickeln, wenn sie sich auf eine leistungsfähige und moderne Verwaltung verlassen kann. Die Verwaltung der Zukunft ist automatisiert, algorithmisiert, cloudifiziert und datenbasiert. Lösungen und Dienstleistungen Dataports müssen so ausgeprägt sein, dass die öffentliche Verwaltung ihrer Rolle als Innovationstreiber und ihrer Gewährleistungsverantwortung auch nachkommen kann.

Der Verwaltungsrat hat die Tätigkeit von Dataport regelmäßig überwacht und den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten. Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2022 in fünf Verwaltungsratssitzungen schriftlich und mündlich über die Lage

und die Entwicklung von Dataport, über wesentliche Geschäftsvorgänge berichtet und mit dem Verwaltungsrat die strategische Ausrichtung Dataports erarbeitet.

Nach Beauftragung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats sind der Jahresabschluss und der Lagebericht 2022 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben den Jahresabschluss und den Lagebericht 2022 beraten. Einwendungen sind gegen das Prüfergebnis nicht erhoben worden. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2022 einschließlich Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 30. Juni 2023 gebilligt. In dieser Sitzung wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.



Dirk Schrödter

Vorsitzender des Verwaltungsrats

**Mitglieder des
Verwaltungsrats sind:**

Dirk Schrödter

Minister und Chef der Staatskanzlei
Schleswig-Holstein (Vorsitzender)

Michael Richter

Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt
(stellvertretender Vorsitzender)

Dr. Martin Hagen

Staatsrat bei dem Senator für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Jan Pörksen

Staatsrat und Chef der Senatskanzlei
der Freien und Hansestadt Hamburg

Marc Ziertmann

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
im Städteverband Schleswig-Holstein

Ernst Hüdepohl

Ministerialdirigent beim Finanzministerium
Niedersachsen

Ina-Maria Ulbrich

Staatssekretärin im Ministerium
für Inneres, Bau und Digitalisierung,
Mecklenburg-Vorpommern

Helge Carstensen

Personalratsvorsitzender von Dataport

Herausgeber

Dataport AöR
Altenholzer Str. 10-14
24161 Altenholz
Telefon 0431 3295-0
www.dataport.de
poststelle@dataport.de

Redaktion

Britta Heinrich (verantwortlich)
Dr. Katrin Viertel, Astrid Hansen

Layout

ressourcenmangel stuttgart GmbH

Auflage

2.000/Oktober 2023

Bildnachweis

4 Tristan Vankann/fotoetage.de, **6** Adobe Stock/Anela R/peopleimages.com, **8** iStockphoto/shapecharge, **10** iStockphoto/peopleimages, **12** Getty Images/Luis Alvarez, **14** iStockphoto/Delmaine Donson, **16** Adobe Stock/KOTO, **18** Adobe Stock/NDABCREATIVITY, **20** Adobe Stock/Nikish H/peopleimages.com, **24** iStockphoto/PixelsEffect, **32/33** iStockphoto/AzmanL, **38/39** iStockphoto/alvarez, **41** iStockphoto/Morsa Images



